

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 87 (2009)
Heft: 4

Artikel: Die Finanzkrise : eine neue Chance für die Arbeiterbewegung? Noch nicht...
Autor: Crouch, Colin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-342173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Finanzkrise: Eine neue Chance für die Arbeiter- bewegung? Noch nicht ...

Colin Crouch*

2009 brachten die Wahlen zum Europäischen Parlament fast überall sinkende Wähleranteile für die Mitte-Links-Parteien. Parteien in der Opposition, wie in Frankreich oder Italien, schlugen sich so bescheiden wie jene an der Regierung, so in Spanien oder Grossbritannien. Das erscheint seltsam angesichts dessen, dass die globale Finanzkrise, unter der wir alle leiden, das Produkt der neoliberalen Politik ist, die doch als natürlicher Feind der Sozialdemokratie gesehen werden sollte. Doch die europäische Politik kontrastierte auch scharf mit den Ereignissen in den USA, wo Barack Obama eine Präsidentschaftswahl gewann, bei der das neoliberale Wirtschaftsmodell eines der Hauptthemen war.

Um diese Situation zu verstehen, müssen wir mehr als 30 Jahre zurückgehen. Ab den späten 1970er-Jahren begann der gleichzeitige Niedergang der Kernwählerschaft sowie der ideologischen Basis die Arbeiterbewegungen der fortgeschrittenen Welt heimzusuchen. Die Industriearbeiterklasse, deren Wachstum diese Bewegungen etwa ein Jahrhundert lang angetrieben hatte, begann ihren historischen Abstieg in diesem Jahrzehnt – je nach Land von einem anderen Ausgangspunkt aus. Der sozialdemokratische Ansatz in der Wirtschaftspolitik, der eine gemischte Wirtschaft mit Nachfragesteuerung kombinierte und die Politik von Mitte-Links (aber auch in gewissem Ausmass von Mitte-Rechts) während der drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg angeleitet hatte, war ebenso in der Krise. Die neoliberale Ideologie des freien Marktes errang ihre noch heute andauernde Vormachtstellung, als die Inflationskrisen der 1970er-Jahre die keynesianische Nachfragesteuerung zu diskreditieren schienen.

Etwa 15 Jahre später und nachdem sie masslos nach links gedriftet war, sich spaltete und sogar fast verschwunden wäre, schien die britische Labour Party die Antwort gefunden zu haben. Die Überlegenheit des Marktes (was nicht genau dasselbe ist wie der Markt, obwohl das niemand bemerkte) und riesige globale Unternehmen hatten als zugleich unvermeidlich, wie wünschenswert akzeptiert zu werden. Das Ziel von Mitte-Links war, die harschen Auswirkungen des Marktes für die Ärmsten zu mildern und den Rest der Bevölkerung mit Bildung und Fertigkeiten auszurüsten, die sie befähigen sollten, im globalen Wettbewerb erfolgreich um Jobs zu kämpfen. Dieser Kampf sollte von einer Labour-Regierung eingeführt

* Vom Autor für die Rote Revue überarbeitete Fassung des Beitrags in der Socio-Economic Review. Übersetzung: Markus Blaser.

werden, indem sie ein schwaches Regulierungsregime anbot, das transnationale Unternehmen zur Ansiedlung im Vereinigten Königreich ermuntern sollte.

Für solche Ziele erwies sich der Verlust einer Kernwählerschaft als Glück im Unglück, da sich die Partei aus den Verstrickungen mit Gruppen lösen konnte, deren Interessen dieser business-freundlichen Haltung möglicherweise im Wege standen. Die historischen Beziehungen zu den Gewerkschaften sollten geschwächt werden. Die grösste soziale Gruppe, die eine neue Kernwählerschaft zu werden versprach (oder drohte) – die Angestellten des Öffentlichen Dienstes – wurde gleichermassen entmutigt. An Stelle einer starken Basis in Teilen der Bevölkerung, suchte die Labour Party ihre elektorale Stärke mittels einer Kombination aus cleverem Wahlkampf, Abkommen mit Teilen der konservativen Presse und Spenden von reichen Einzelpersonen und Unternehmen.

Es handelte sich um eine hoch erfolgreiche Antwort. Die britische Labour Party (oder New Labour, wie sie sich selbst nannte) gewann eine historisch nie da gewesene Serie von drei aufeinander folgenden absoluten Wahlsiegen, während ihre Schwesterparteien in Europa und die Demokraten in den USA deutlich breiter gestreute Erfahrungen durchmachten. Andere Arbeiterparteien, besonders in Deutschland und Italien, begannen Labour nachzuahmen und in gleicher Weise mit ihrer Mitte-Links-Vergangenheit zu brechen. Die deutsche SPD sprach von der «Neuen Mitte». Die frühere kommunistische Partei Italiens (PCI), die sich bereits in Democratici della sinistra (Linksdemokraten) umbenannt hatte, änderte den Namen erneut und liess das «della sinistra» fallen.

Der Erfolg von New Labour war nicht nur elektoral. Als einziges unter den grösseren westeuropäischen Ländern verzeichnete Grossbritannien einen Anstieg der Erwerbsquote, insbesondere unter Frauen sowie eine allgemein florierende

Der Erfolg von New Labour war nicht nur elektoral. Als einziges unter den grösseren westeuropäischen Ländern verzeichnete Grossbritannien einen Anstieg der Erwerbsquote.

Wirtschaft. Es schien eine Verbindung zu geben zwischen der Deregulierung des Arbeitsmarktes – eine Politik, die New Labour von ihren konservativen Vorgängern geerbt hatte und weiterführte – und dieser Veränderung des ökonomischen Verlaufs in einem Land, das während Jahrzehnten langsames Wachstum zu verzeichnen hatte als Deutschland, Italien oder Frankreich. Das Vereinigte Königreich spielte dabei in der US-Wirtschaft mit, zu Beginn unter der Clinton-Administration, deren Neue Demokraten ein Modell für New Labour dargestellt hatten, aber später auch unter dem neo-konservativen Regime von George W. Bush. Freie Märkte, Deregulierung und der

politische Ausschluss der organisierten Arbeiterschaft schienen zu funktionieren. Doch als Regierungen in den anderen Ländern den anglo-amerikanischen Ansatz nachzuahmen begannen, schien er nicht dieselben Resultate zu bringen.

Keiner nahm Notiz davon, dass die anglophonen Volkswirtschaften ein anderes Geheimrezept besaßen, das sich unbemerkt hinter der neoliberalen Fassade ver-

barg und diese entscheidend stützte. Es handelte sich um einen wachsenden Berg ungedeckter Kredit- und Immobilienverschuldung, die sich immer weiter akkumulieren konnte. Dies war möglich, weil ein konstant sich ausweitendes Netzwerk von Sekundärmärkten das von dieser Schuld geschaffene Risiko zu verteilen schien, da ihm jeder einzelne Schuldner weniger ausgesetzt war.

Wie dieser Berg 2008 und 2009 schliesslich in sich zusammenfiel, ist allbekannt und muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Unsere Aufgabe ist es, auf die politischen Implikationen des Zusammenbruchs hinzuweisen, insbesondere auf jene für die früheren Arbeiterbewegungen britischer Art. Die Finanzkrise enthüllte, dass die britischen und US-amerikanischen Volkswirtschaften nicht auf dem Triumph des freien Marktes und der Unterwerfung der Arbeiterschaft unter dessen Disziplin basierten, sondern auf einer Korruption des Marktes, welche die Menschen in die Lage versetzte, die harten Arbeitsmarktbedingungen zu ignorieren, indem sie von ungedeckten Hauskrediten und – in geringerem Ausmass – Kreditkarten lebten. Der Markt war korruptiert worden, weil die Sekundärmärkte der ungedeckten Kredite von Händlern abhingen, die nicht wussten, was in den Paketen war, die sie kauften und verkauften. Dabei hängt das Funktionieren von Märkten weitgehend von Marktteilnehmern ab, die über qualitativ hochwertige Informationen verfügen.

Die Finanzkrise enthüllte, dass die britischen und US-amerikanischen Volkswirtschaften auf einer Korruption des Marktes basierten.

So könnte man sich Folgendes denken: 30 Jahre sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik endeten in einer Inflationskrise und dem sich daraus ergebenden Erfolg des Neoliberalismus, dem politischen Rivalen. Deshalb müsste nach 30 Jahren neoliberaler Politik, die in einer weit grösseren Finanzkrise endeten, nun wieder zum Sieg des Rivalen führen. Doch wer ist der Rivale?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht primär, wie oft angenommen wird, eine Frage von Ideen und Politiken. An diesen herrscht kein wirklicher Mangel. Fast jede politische Kraft, die ernsthaft zu regieren versucht, musste sich in den letzten Jahren in neoliberalen Gewändern präsentieren. Dies wurde ebenso von transnationalen Unternehmen und Banken verlangt, die nach Investitionsstandorten suchten, als auch von der unhinterfragten Orthodoxie, die bis vor ganz kurzem Institutionen regierte wie den Internationalen Währungsfonds, die OECD und zunehmend die Europäische Kommission. Aber hinter der formellen Huldigung wurden andere politische Ansätze weitergeführt, auf verstohlene, beinahe Samizdat-Weise¹. Die erfolgreichsten Volkswirtschaften der fortgeschrittenen Welt, die skandinavischen Länder, verfügen nach wie vor über die umfassendsten Wohlfahrtsstaaten der Welt, starke Arbeiterbewegungen und sogar Elemente neokorporatistischer Nachfragesteuerung. Sie, die Holländer und die Briten haben ein hohes Niveau der Staatsausgaben beibehalten, die hauptsächlich zur Schaffung und zum Erhalt eines hohen Beschäftigungsniveaus beigetragen haben.

¹ Samizdat bezeichnete in der UdSSR und später auch in anderen so genannten realsozialistischen Staaten die Verbreitung von alternativer, nicht systemkonformer Literatur auf nichtoffiziellen Kanälen (a.d.U.).

Wie eingangs erwähnt war die Krise, die in den 1970er-Jahren die Arbeiterbewegungen heimsuchte, eine doppelte: das Scheitern eines dominierenden wirtschaftspolitischen Ansatzes und der historische Niedergang eines Kern-Stützpunkts, der Industriearbeiterklasse. Wir können nun ergänzen, dass dieser Niedergang sich genau in dem Moment ereignete, da eine neue Klasse mit ihren Muskeln zu spielen begann: die Klasse des globalen, kurzfristig orientierten Kapitals.

Karl Marx zeigte auf, wie die Hauptbewegungen des historischen Wandels an der Seite von Klassen entstanden, welche die von der neuen Welle vertretenen Interessen verkörperten. Man kann den Aufstieg der Arbeiterklasse von der Mitte des 19. bis zum späten 20. Jahrhundert als ein derartiges Phänomen betrachten. Um der Stärke und dem Gewicht dieser Klasse entgegenzukommen, wurde das Staatswesen transformiert, die Aufgaben der Regierung komplett verändert,

Die globale Arbeiterklasse existiert weder als globale, ja noch nicht einmal als europäische Einheit. Dies ist der Vorteil der globalen Finanzklasse.

ebenso Ausmass und Natur der Staatsausgaben, der Charakter von Gesetzgebung und Regulierung. Marx irrte sich insofern, als er diese Klasse als den endgültigen Höhepunkt des Prozesses sukzessiven Wandels betrachtete. Die Arbeiterklasse erreichte ihren Gipfel und verfiel. Heutige Marxisten werden sagen, dass nur die Industriearbeiterklasse der entwickelten Länder zerfiel; die globale Industriearbeiterklasse sei grösser denn je. Doch Arbeiterklassen waren nie fähig, sich selbst oberhalb der Ebene des Nationalstaats zu organisieren (das heisst, mit

Marx gesprochen, «Klassen für sich» zu werden und nicht nur «Klassen an sich» zu bleiben). Die globale Arbeiterklasse existiert weder als globale, ja noch nicht einmal als europäische Einheit. Dies ist der Vorteil der globalen Finanzklasse. Sie kann global operieren und tut es auch, so und deshalb war sie in der Lage, in eine derart dominierende Position zu gelangen.

Dies erklärt auch, weshalb sie noch jetzt in dieser Position verbleibt. Der Beinahe-Kollaps des Finanzsystems hat die globale Finanz nicht von ihrer strategischen Rolle verdrängt, die sie in der Weltwirtschaft besetzt. Sie war deshalb in der Lage, erfolgreich staatliche Unterstützung in einem Ausmass zu verlangen, das kein anderer Wirtschaftssektor je fordern könnte. Die Tatsache, dass das Angebot dieser staatlichen Unterstützung alle Regeln der neoliberalen Wirtschaft und Politik bricht, beweist nur die subsidiäre Rolle von Ideen und Ideologien bei der Aufrechterhaltung von Regimes.

Die Finanzkrise verheisst deswegen keine historische Gelegenheit für die Arbeit, weil nichts passiert ist, das die Macht einer «Arbeit» zu nennenden Einheit erweitert hätte; in der Tat ist sehr wenig getan worden, um das politisch und organisatorisch zu bestimmen, was diese Einheit in der postindustriellen Welt ausmachen könnte. Es ist deshalb nicht überraschend, dass die europäischen WählerInnen 2009 nicht sahen, weshalb die Finanzkrise sie zur Stimmabgabe für

Mitte-Links-Parteien führen sollte. Derweil sind jedoch Identität und Macht des globalen Finanzkapitals sehr genau bekannt und sehr real.

Wären die Dinge anders gelaufen, wenn die Mitte-Links-Parteien nicht dem Weg von New Labour gefolgt wären und, statt jede entstehende, distinktive Kernwählerschaft zu unterdrücken, versucht hätten, diese zu pflegen? Dies zu erwarten hiesse, die Rolle von Parteien in hoch entwickelten, stark gesteuerten demokratischen politischen System misszuverstehen. Parteiororganisationen, die fit genug sind, um in solchen Systemen mit andern zu wetteifern, werden notwendigerweise von «Top-down-Kontrollfreaks» geleitet; wer aus diesem Rahmen fällt, fordert die rasche Niederlage heraus. Es ist unmöglich, dass solche Organisationen riskieren könnten, auf autonome, potenziell widerspenstige und unbekannte «Bottom-up-Identitäten» einzugehen, welche die politische Szene zu transformieren vermöchten. Will man Herausforderungen gegenüber existierenden Macht-Arrangements aufspüren, muss man ausserhalb der offiziellen elektoralen Politik suchen, in den marginalen, schwachen sozialen Bewegungen, die sich in allen offenen Gesellschaften sammeln. Keine von diesen bietet auch nur annähernd die Art der Herausforderung, die nötig wäre, um das Grundgerüst der Macht in unseren Gesellschaften zu verändern. Aber sie existieren. In den Gruppen, die zusammengeschweisst wurden, um eine erneuerte Demokratische Partei für die Wahl von Barack Obama zum Präsidenten der USA zu schaffen, sahen wir die ersten bedeutenden Regungen dieser Bewegungen. Diesen Raum gilt es für zukünftige Entwicklungen zu beobachten.

Will man Herausforderungen gegenüber existierenden Macht-Arrangements aufspüren, muss man ausserhalb der offiziellen elektoralen Politik suchen.

Colin Crouch, Jg. 1944, ist Professor für Governance and Public Management an der University of Warwick in Grossbritannien und Urheber des Konzepts der Postdemokratie (vgl. Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2008).